Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Laden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7gespaltene Nonpareillezeile 90 Pf., Familienanzeigen 70 Pf., die 3gespaltene Reklamezeile 3 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 293 | Dresden, Freitag den 19. Dezember 1919 | 30. Jahrg.

Deutschlands Außenpolitik

Frieden und Völkerbund

Haag, 19. Dezember. Nach einer Meldung aus Washington wurde vom Senat eine zur Hälfte aus Republikanern und zur andern Hälfte aus Demokraten bestehende inoffizielle Kommission gebildet, die das Kompromiß über den Friedensvertrag vorberaten soll. Entweder Lodge oder Hitchcock werden in dieser Kommission vertreten sein, deren Mitglieder hoffen, nunmehr einen Entwurf für ein Kompromiß zustande zu bringen und für die Vorbehalte, die für beide Parteien unannehmbar sind. Die Mehrheit der Demokraten ist für ein Kompromiß. Der Demokrat Underwood, ein Konkurrent Hitchcocks in der Führung der Partei, erklärte sich zugunsten der Ratifikation, selbst wenn es nötig sein sollte, den Völkerbundsvertrag aus dem Friedensvertrag zu streichen. Man müsse Frieden haben, sonst habe es für den Handel Amerikas schlecht. Man müsse gemäßigte Vorbehalte suchen und dürfe die Vorbehalte Lodges nicht annehmen. Das ganze Land verlange immer dringender die Ratifikation. Underwood hat einen Plan ausgearbeitet, wodurch es, wie er hofft, möglich sein wird, noch vor Weihnachten zu ratifizieren.

Amsterdam, 19. Dezember. Morningpost erfährt, daß es jetzt so gut wie sicher sei, daß der Vertrag von Versailles am 1. Januar in aller Form ratifiziert wird, der Völkerbund infolgedessen automatisch in Kraft treten werde. Der Rat des Völkerbundes werde vermutlich am 7. oder 8. Januar in Paris zusammentreten. England werde durch Lord Curzon vertreten sein. Der Rat werde sich nächst der Regelung der Saarfrage mit der Einsetzung eines Oberkommissars für Danzig befassen und wahrscheinlich Reginald Tonar bestätigen.

Der Riß in der Entente

Nach einer Mitteilung des Messaggero aus London ist der italienische Außenminister Scialoja unvermutet aus London abgereist, ohne Vorwissen der englischen Staatsmänner, die infolgedessen bei der Abfahrt auch nicht am Bahnhofe waren, und hat sich über Paris nach Rom begeben.

Es ist natürlich, daß dieses Ereignis in der italienischen Presse zu lebhaften Erörterungen Anlaß gibt. Der Wahrheit am nächsten kommen wahrscheinlich die Vermutungen des Corriere della Sera. Von Frankreich war der Vorschlag zur Errichtung eines ständigen internationalen Generalstabes gemacht worden. Mit Rücksicht auf die innerpolitische Lage in Italien wollte Scialoja gewiß die Beteiligung an den Beratungen eines solchen Projektes, das eine neue Betonung des bei den Alliierten allmächtigen kriegerischen Geistes darstellt, vermeiden.

Möglich ist indes auch, daß die Fiumefrage den Hauptanlaß zu der plötzlichen Abreise abgab. Petitnar im Echo de Paris und Daily Telegraph berichten übereinstimmend, Lord George und Clemenceau hätten dem italienischen Außenminister in einer Note mitgeteilt, daß infolge der unnachgiebigen Haltung Wilsons die Fiumefrage nur auf der Grundlage des früher gemachten amerikanischen Vorschlages gelöst werden kann. Danach würde ein unabhängiger Staat geschaffen werden, dessen Grenzen nicht an italienisches Gebiet stoßen würden.

Vormarsch serbischer Truppen

Basel, 19. Dezember. Schweizer Blätter melden das Anrücken von serbischen Truppen in Stärke von zwei Armeekorps gegen Dalmatien, Italien und Nordalbanien. Die Truppen seien in voller Kriegsbereitschaft.

Unruhen in Spanien

Madrid, 19. Dezember. In Barcelona und Madrid sind ernste Unruhen ausgebrochen. Bis jetzt blieben acht Zivilisten und zwei Polizisten tot auf dem Platze. Eine Frau, die eine Bombe trug, wurde festgenommen. Der Straßenbahnerstreik in Madrid nimmt seinen Fortgang; die Streikenden appellieren an das Gemeinschaftsgefühl der andern Gewerkschaften. Zwischen den Streikenden und der Polizei kam es zu Kämpfen, bei denen geschossen und mit Steinen geworfen wurde. Viele der Streikenden wurden verhaftet.

Weihnachtsappell für unsre Gefangenen

Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener und der Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen haben an den Präsidenten des Internationalen Roten Kreuzes in Genf folgende Kundgebung gerichtet:

Das bevorstehende Weihnachtsfest wendet wieder einmal die Herzen der Menschheit dem Schicksal derjenigen zu, die noch in der Gefangenschaft sich nach Freiheit, Heimat und Familie zurücksehnen.

Namens der Angehörigen-Verbände und der Vereinigungen ehemaliger Kriegsgefangener richten wir an den Präsidenten des Internationalen Roten Kreuzes in Genf die herzliche Bitte, für die Befreiung derjenigen Gefangenen weiter wirken zu wollen, die noch immer hinter dem Stacheldraht zurückgehalten werden.

In seiner Antwortnote vom 15. November 1919 hat sich Deutschland zu neuen, schweren Opfern bereit erklärt, um das sofortige Inkrafttreten des Friedensvertrages zu ermöglichen.

Dieses weite Entgegenkommen räumt das letzte wirkliche Hindernis aus dem Wege, das nach Auffassung der Entente der Heimschaffung noch entgegenstand. Jetzt kann es sich nur noch um Vereinbarungen über Einzelheiten, um letzte Formalitäten handeln, die kein Grund für die weitere Zurückhaltung der Gefangenen sein können.

Wir bitten das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf, das so unendlich viel zur Linderung der Kriegsleiden getan hat, in diesem Augenblick seine Stimme zu erheben, damit unsre Gegner jetzt die Gefangenenlager öffnen.

Für die Kriegsgefangenen und ihre Familien wäre es die schönste Weihnachtsgabe, wenn ihnen die Kunde würde, daß das Ende ihrer Leiden gekommen ist.

Die Abgabe des Hafenmaterials

Genf, 19. Dezember. Aus Paris wird gemeldet: Das deutsche Anerbieten, an Stelle der geforderten fünf weiteren Kreuzer die im Bau befindlichen großen Schlachtschiffe abzuliefern, ist von den Alliierten abgelehnt worden, da die im Bau befindlichen Dreadnoughts nach den Bedingungen des Friedensvertrags zerstört werden müssen und in dieser Hinsicht keine Zugeständnisse möglich sind. Die fünf leichten Kreuzer müssen also abgeliefert werden. Dagegen werden die alliierten Sachverständigen wahrscheinlich, laut Matin, den deutschen Vorschlag für die Herabsetzung der Menge des andern Hafenmaterials für annehmbar bezeichnen. An Stelle des fehlenden Materials wird Deutschland aber andres Material abliefern müssen.

Das Programm der belgischen Regierung

Haag, 19. Dezember. In der belgischen Kammer hat der Premierminister de la Croix eine Rede gehalten, in der er sein Programm entwickelt. Die Hauptpunkte sind die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer vom 21. Lebensjahre an. Für Frauen bleibt die Entscheidung dem Parlament überlassen. Die Regierung wird die Sprachenfrage sofort in Angriff nehmen. Die Militärdienstpflicht wird auf ein Mindestmaß beschränkt. Eine neue Einkommensteuer wird vorbereitet, eine Sondersteuer auf die Kohlenminen gelegt und die Kohlenfelder werden in staatliche Verwaltung genommen. Die Regierung wünscht sich in dieser Beziehung nach den Beschlüssen der Arbeiterkonferenz in Washington zu richten.

Die Handelsbeziehungen zu den Nachbarn werden möglichst sofort aufgenommen. Belgien wird sich künftig in seiner Politik hauptsächlich nach den westlichen Bundesgenossen orientieren, ohne jedoch die Bürgschaften des Völkerbundes aus dem Auge zu verlieren. Die belgische Regierung wünscht ein Abkommen mit Frankreich und England zu schließen, das die Landesverteidigung sicherstellen soll, und erstrebt ferner noch wirtschaftliche Abkommen mit den Verbündeten, welche die Beziehungen bessern und die Wiederaufnahme der belgischen Industrie und des Handels erleichtern würden.

Die Ablieferungsprämie

W. T. B. meldet: Mit der Einführung neuer Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln sind neue Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung getroffen worden. Bei Brotgetreide setzt die Prämie mit Erfüllung von 70 Proz. des Mindestablieferungssolls ein und wird auf die gesamten bereits erfolgten Lieferungen nachgezahlt. Die Prämie beträgt bei Erfüllung von 70 Proz. des Ablieferungssolls 2 M. für den Zentner Getreide, bei 80 Proz. 4 M., bei 90 Proz. 6 M., bei 95 Proz. 8 M., bei 100 Proz. 10 M., bei 105 Proz. 12 M., bei 110 Proz. 15 M. Die Kartoffelablieferungsprämie beginnt schon bei 50 Prozent des Ablieferungssolls und ist dann gestaffelt von 10 zu 10 Prozent mit 2 M., 2,50 M., 3 M., 3,50 M., 4 M. für jeden abgelieferten Zentner und 5 M. für jeden über 100 Prozent abgelieferten Zentner. Die Zuschläge für die Lieferung über 50 Prozent werden auch den Landwirten gezahlt, die bei Erlaß der Verordnung 50 Prozent des Kartoffelablieferungssolls bereits abgeliefert haben. Die Uebernahme der Prämienkosten auf das Reich oder die Kommune ist unmöglich. **Man hat sich den großen Bedenken, die gegen Preiserhöhungen auf wichtige Lebensmittel sprechen, nicht verschlossen. Die Mehrbelastung muß jedoch getragen werden, wenn verhindert werden soll, daß gegen Ende des Wirtschaftsjahres nur noch Auslandsware zu Preisen vorhanden ist, die für die breite Masse des Volkes unerträglich sein werden.**

Wir und das Ausland

Von gutunterrichteter Seite wird uns Folgendes geschrieben:

Die letzten Wochen standen unter dem Drucke schwüler politischer Atmosphäre. Sie brachten eine politische Spannung, wie wir sie seit den Tagen, in denen über die Unterzeichnung des Friedens entschieden werden mußte, nicht wieder erlebt haben. Vor dem Inkrafttreten des Friedens hat die Entente uns ein Zusatzprotokoll zum Versailler Vertrag beschert, das bezeichnend ist für die Art, wie sie den Friedenswillen auffaßt. Als ob die ungeheure Rechnung, die man uns in Versailles präsentiert hat, noch nicht groß genug wäre; man hat ihr eine Zusatzrechnung folgen lassen, deren Begleichung durch Deutschland allein schon hinreichend ist, um hier das neu sprossende wirtschaftliche Leben bereits in seinen ersten Anfängen zu vernichten.

Clemenceau hatte durch seinen Wahlsieg am 16. November die Verpflichtung zur Fortführung jener Prestige-Politik übernommen, die nichts anderes als einen Auswuchs der Machtpolitik schlimmster Art darstellt. Völkerversöhnende Momente traten in diesen Wochen nicht zutage. Nationalistische Demonstrationen in Berlin wurden zudem von der Ententepresse, im besonderen aber von der Pariser Boulevard-Presse dazu ausgenutzt, um noch Oel in das Feuer zu gießen. Von irgendwelcher Nachgiebigkeit war auf der Ententeseite nicht die Rede, so daß sich schließlich der deutsche Unterhändler Herr v. Simon genötigt sah, Paris zu verlassen, um sich in Berlin über neue Instruktionen für die weiteren Verhandlungen mit der Reichsregierung zu besprechen. In dieser Abreise erblickten Clemenceau und die Presse, die mit ihm durch dick und dünn geht, ein Mittel Deutschlands, um die Inkraftsetzung des Friedens zu verzögern. Es fehlte natürlich auch die Unterstellung nicht, daß Deutschland die Vorgänge in den Vereinigten Staaten, die Gegnerschaft eines Teiles des Senats gegen den Friedensvertrag dazu benutzen wollte, um für sich daraus politisches Material zu schlagen. Die neue deutsche Note bringt den Beweis für die Unsinnigkeit aller dieser Behauptungen. Im Gegensatz zu dem Standpunkt der Macht, an dem die Entente festhält, stellt sich die deutsche Regierung auf den Rechtsstandpunkt. Einer falschen Prestige-Politik der Entente stellt sie eine geradlinige Politik gegenüber, die nur eine Politik sein kann voll des aufrichtigsten Friedenswillens. Ausgangspunkt unsrer Politik ist unser Recht.

Nun leben wir allerdings nicht in einem luftleeren Raum, nicht in einer Welt, in der unser Recht auch schon den Sieg dieses Rechts bedeutet. Wir müßten reine Toren sein, wenn in unsrer Politik die tatsächlichen Machtverhältnisse und die Stimmung der Entente nicht die Berücksichtigung erführen, die sie erfahren müssen. Weil solche Politik nichts anderes wäre als eine Politik, die man vielleicht auf dem Monde treiben kann, haben wir uns zu Zugeständnissen bereit erklären müssen. Die deutsche Regierung trägt keine Schuld an der Versenkung der Kriegsschiffe vor Scapa Flow, aber sie will eine Entschädigung dafür leisten. Eine Entschädigung allerdings, die die Grenze unsrer Lebensnotwendigkeiten nicht übersteigen darf. Mag jene Prestigepolitik, die sich gewiß eines Tages von selbst richten wird, ihr Opfer haben. Wir wollen es bringen, um des Friedens willen. Wenn nun dem Prestige-Gott Genüge geschehen ist, wird man sich vielleicht eher auf die Notwendigkeiten Deutschlands besinnen können.

Unsre Sachverständigenkommission wird rückhaltlos in Paris sprechen. Sie wird auch sachlich die Zugeständnisse machen, die gemacht werden können. Sie wird aber ebenso sachlich alles das zurückweisen müssen, was über das uns Mögliche hinausgeht. Wir können unsre Fußtritte nicht verfassen lassen. Unsre Lebensmittel-, unsre Rohstoffversorgung und unser Handel, der eben erst anfängt, sich wieder zu betätigen, würden durch solches Ereignis tödlich getroffen werden. Wir haben nach dem Friedensvertrag die Verpflichtung übernommen, für die Entente Schiffe zu bauen. Wir sind nicht in der Lage, diese Verpflichtung zu verwirklichen, wenn man uns unsre Schwimmdocks nimmt. Was wir nur irgend tun können, tun wir, um Beweise unsers Friedenswillens und unsrer Friedenspolitik zu geben. Tun wir auch, um endlich unsern gefangenen Brüdern in Frankreich die von ihnen und von uns langersehnte Heimkehr zu ermöglichen.

In diesem Tun darf die deutsche Regierung sich nicht stören lassen durch die Katastrophenpolitiker von rechts und von links. Die Deutschnationalen werden gewiß wieder ein Geheul über die Schlappheit der Regierung anstimmen. Die Unabhängigen haben von Anfang an den Standpunkt eingenommen, daß alle Forderungen der Entente zu erfüllen seien. Beide Parteien werden sich drauf berufen, daß sie immer nur nein, nein und ja, ja gesagt haben. Und doch bedeutet in diesem Falle das konsequente Nein- oder Ja-Sagen alles andre als eine geradlinige Politik. Die geradlinige Außenpolitik kann zur Zeit nur darin bestehen, einen ehrlichen Friedenszustand zu schaffen, ehrlich und mit ehrlichen Mitteln einen Ausgleich zwischen der Macht und dem Recht herzustellen. Wir verzichten auf alle Winkelzüge und Intrigen, wir müssen auf alle Bündnispolitik verzichten, die nur

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19191219/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG